

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Geleitwort	5
Vorwort	6
Informationen zu RSM Ebner Stolz / BDI	8
Autorenverzeichnis	9
Literaturverzeichnis	35
Abkürzungsverzeichnis	49
Erster Teil: Bewertung aus der Sicht der Wirtschaft	61
A. Jahressteuergesetz 2024	63
I. Einführung	63
II. Überblick zu wesentlichen Regelungen und Bewertung des BDI	63
1. Lohnsteuer-Pauschalierung bei Mobilitätsbudgets	63
2. Verlängerung der Übergangsregelung von § 2b UStG	63
3. Nachbehaltensfristen bei den Steuervergünstigungen in der Grunderwerbsteuer	64
4. Grundsteuer – Nachweismöglichkeit des niedrigeren gemeinen Werts	64
5. Globalverwahrte Inhaberschuldverschreibungen: Angleichung von § 8 StAbwG an § 10 StAbwG	64
6. Lohnsteuer-Pauschalierung für Betriebsveranstaltungen	64
7. Änderungen zum Lohnsteuer-Jahresausgleich	64
8. Übergangsregelung zur Wirtschafts-Identifikationsnummer	65
B. Steuerfortentwicklungsgesetz	66
I. Ausgang des Wachstumschancengesetzes als Grundlage	66
II. Wachstumsinitiative und Zweites Jahressteuergesetz 2024	67
III. Übergang zum Steuerfortentwicklungsgesetz	68
C. Bundeshaushalt 2025	71
I. Einführung	71
II. Überblick zu wesentlichen Regelungen und BDI-Bewertung	71
D. Expertenkommissionen des BMF	73
I. Einführung	73
II. Vorschläge zur Reform des nationalen Steuerrechts	73
1. Erweitertes Optionsmodell mit freier Wahl zwischen transparenter und eigenständiger Besteuerung der Gesellschaft	73

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Überarbeitung der Optionsmodells nach § 1a KStG	74
3. Streichung der Thesaurierungsbegünstigung	74
4. Verlustverrechnung	74
a) Rechtsformunabhängige Neuregelung der Verlustrechnung.	75
b) Beschränkung der Maßgeblichkeit auf das steuerbilanzielle Eigenkapital	75
c) Zurechnung neu entstehender Verluste auf vorgelagerte Einlagen . .	75
5. Gruppenbesteuerung	75
a) Ersetzung der Organschaft durch ein Gruppenbesteuerungsregime. .	75
b) Anlehnung der Tatbestandsvoraussetzungen an die Organschaftsgrundsätze	75
c) Beschränkung der Vorteile der Gruppenbesteuerung auf Unternehmen einer wirtschaftlichen Einheit	76
d) Zusammenrechnung der Gruppenergebnisse beim Gruppenträger .	76
e) Einführung eines „Group-relief“-Systems	76
f) Beschränkung der Gruppenbesteuerung auf inländische Gesellschaften	76
6. Gewerbesteuer	76
a) Angleichung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer an die der Einkommensteuer	77
b) Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Körperschaftssteuer	77
c) Gleichbehandlung der Berücksichtigung von Anlaufverlusten	77
d) Fortschreibung des Freibetrags unter Bezugnahme auf die Preisentwicklung	77
7. Angleichung von Handels- und Steuerbilanz	77
8. Wiederherstellung der Beteiligungsertragsbefreiung	78
9. Rechtsbeziehungen zwischen Gesellschaft und Gesellschafter	79
a) Dienstverhältnisse	79
b) Überlassung von Wirtschaftsgütern	79
c) Überlassung von Finanzkapital	80
10. Abfärbe- und Geprägeregelung	80
III. Vorschläge zur Reform von Umstrukturierungen und Sanierungen	80
1. Hintergrund	80
2. Nationale Restrukturierungen im Umwandlungssteuerrrecht	81
a) Teilbetriebserfordernis	81
b) Sperrfristen	81
c) Kettenumwandlungen	81
d) Nachspaltungsveräußerungssperre	82
e) Verlustverrechnung	82
f) Gesamtplan	82
3. Nationale Restrukturierungen im Einkommenssteuerrecht	82
a) Bewertungswahlrecht	82
b) Sonderbetriebsvermögen	83

	Seite
c) Sperrfristen	83
d) Ausweitung des § 6 Abs. 5 EStG.	83
e) Realteilung.	84
4. Nationale Restrukturierung von Organschaften	84
IV. Vermeidung von Verstößen gegen EU-Recht.	85
1. Grenzüberschreitende ausländische Umwandlungen	86
a) Fortentwicklung des Tatbestandes der Vergleichbarkeit	86
b) Globalisierung der Einbringungsvorschriften	86
c) Materielles Korrespondenzprinzip	86
d) Gescheiterte Umwandlungen	86
e) Anpassung der Steuerverhaftungsbedingungen	86
f) Inclusive Frameworks Lösung.	87
2. Wertverluste aus Anteilen an Kapitalgesellschaften und Gesellschaftsdarlehen.	87
3. Verzicht auf Rückzahlung eines Gesellschaftsdarlehens	87
4. Forderungsverzicht von Drittgläubigern	87
5. Mantelkauf	88
V. Steuerliche Investitionsanreize und Forschungsförderung: Vorschläge Vereinfachung des Antragsprozesses bei der Forschungszulage	88
VI. Weitere Digitalisierung des Besteuerungsverfahrens und steuerliche Betriebsprüfung	89
1. Digitale Übermittlung von Steuerbescheiden	89
2. Wahlrecht bei der Übermittlung der E-Bilanz	90
3. Bereitstellung der ELSTER Formulare und der ERiC-Schnittstelle	90
4. Digitalisierung und Modernisierung der steuerlichen Betriebsprüfung	90
a) Bundesweite Vereinheitlichung der digitalen Betriebsprüfung	90
b) Tax CMS für Prüfungserleichterungen und Beschleunigungen	90
c) Wesentlichkeitsgrenzen für den Aufgriff von Sachverhalten	91
d) Punktuelle Bestandskraft von Einzelsachverhalten außerhalb der Betriebsprüfung	91
e) Klar abgegrenzte Zuständigkeiten von Bundes- und Landesprüfern	91
f) Aufwertung des leitenden Konzern-Betriebsprüfers	91
g) Vermeidung falscher und einseitiger Incentivierungen und Etablierung von Beurteilungskriterien	92
VII. Vorschläge im Bereich der Lohnsteuer und der Arbeitnehmerbesteuerung	92
1. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung von Sachzuwendungen	92
a) Vorschlag der Expertenkommission	92
b) Vorschlag des BDI	93
2. Grenzüberschreitendes mobiles Arbeiten	93
3. Verpflegungsmehraufwandspauschalen und Mahlzeitengestellung	94
4. Einführung einer Arbeitstagepauschale	94

Inhaltsverzeichnis

	Seite
VIII. Vorschläge zur Reform des internationalen Steuerrechts.	94
1. Quellensteuerverfahren	94
a) Einführung einer Identifikationsnummer und einer Freigrenze.	94
b) Dauerfristverlängerung	95
c) Einführung einer einheitlichen, digitalen Plattform.	95
2. Anrechnung ausländischer Steuern	95
a) Vortragsmöglichkeit von Quellensteuerüberhängen	95
b) Anrechnung der Gewerbesteuer	96
3. „Decluttering“ bei Anti-Missbrauchsvorschriften.	96
a) Vollständige Abschaffung der Hinzurechnungsbesteuerung.	96
b) Streichung von § 1 Abs. 3d und 3e AStG	96
c) Anpassung der ATAD	96
d) Streichung des Betriebsausgabenabzugsverbots im StAbwG	96
E. Die Einführung der elektronischen Rechnungspflicht in Deutschland und das zukünftige europäische digitale Meldesystem nach dem ViDA-Paket	97
I. Das Gesetz zur elektronischen Rechnungspflicht	97
II. BMF-Schreiben: „Ausstellung von Rechnungen nach § 14 UStG“	98
1. Die Definition einer elektronischen Rechnung	98
2. Fortbestand der bestehenden EDI-Systeme	98
3. Zulassung hybrider Formate	99
4. Der Vorsteuerabzug – Vertrauenschutz in der Übergangszeit bis 2028 . .	99
5. Übermittlung der E-Rechnung.	100
6. Umfang der E-Rechnungen und Umgang mit Korrekturen.	100
7. Fragen der Archivierung.	101
III. Die E-Rechnung mit Blick auf das kommende Meldesystem	101
1. Anforderungen an das kommende Meldesystem	101
2. Infragestellung des bisherigen Zeitplans	102
IV. Politische Einigung zum ViDA-Paket (VAT in the Digital Age) – Interoperabilität aller nationaler Meldesysteme ab 2035	103
1. Weiterführung der EDI-Systeme.	103
2. Neue Rechnungspflichtbestandteile	103
3. Die neuen Meldepflichten	104
4. MIAS: das neue zentrale elektronische Mehrwertsteuer-Informationsaus tauschsystem	104
5. Ausblick auf die nationale Umsetzung des europäischen Meldesystem .	105
F. Die Steueragenda der europäischen Institutionen 2024–2029	106
I. Einleitung.	106
II. Prioritäten und Akzente für eine neue Legislaturperiode.	106
III. Institutionelle Mitgestaltung an der steuerpolitischen Agenda	106
IV. Die steuerpolitischen Prioritäten der EU im Einzelnen.	107
V. Fazit	109

	Seite
G. Das CSDR-Umsetzungsgesetz	110
I. Die Corporate Sustainability Reporting Directive	110
II. Stand der Umsetzung der CSDR	110
III. Überblick zu wesentlichen Regelungen und BDI-Bewertung	112
IV. Exkurs: Bewertung der EU-Richtlinie als übergeordnetes Rahmenwerk (los- gelöst vom deutschen Gesetzgebungsverfahren)	113
Zweiter Teil: Neuregelungen ab 2025 und weitere geplante Rechts- änderungen	115
A. Unternehmensbesteuerung	117
I. Bilanzierung	117
1. Taxonomien für E-Bilanzen	117
2. Ausweitung der elektronischen Übermittlungspflicht	117
3. Übertragung stiller Reserven bei Veräußerung von Kapitalgesellschafts- anteilen	117
II. Kapitalgesellschaften	118
1. Detailänderungen zum steuerlichen Einlagekonto	118
2. Aufhebung der Sonderregelungen für einbringungsgeborene Anteile . . .	118
III. Forschungszulage – Leistung an Anspruchsberechtigte	119
IV. Gewerbesteuer	119
1. Einfache Grundbesitzkürzung	119
2. Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrags	119
a) Energiespeicheranlagen	119
b) Berücksichtigung von Arbeitslöhnen	119
V. Verfahrensrecht	120
1. Ergänzung der gemeinnützigen Zwecke	120
2. Bekanntgabe von Steuerbescheiden	120
a) Verlängerung der Bekanntgabefiktion	120
b) Bereitstellung zum Datenabruf	120
3. Verkürzung von Aufbewahrungsfristen	121
4. Mitteilungspflicht über elektronische Aufzeichnungssysteme	121
5. Anzeige- und Berichtigungspflicht hinsichtlich Prüfungsfeststellungen .	122
6. Ablaufhemmung der Festsetzungsfrist bei Außenprüfungen	122
7. Teilabschlussbescheid	122
a) Feststellungsbescheid	122
b) Verbindliche Zusage	123
8. Prüfungsanordnung in beratenen Fällen	123
9. Regelmäßige Gespräche	123
10. Qualifiziertes Mitwirkungsverlangen	124
11. Verzinsung bei Stundung von Haftungsansprüchen	125
12. Prozesszinsen auf erstattete Haftungsansprüche	125

Inhaltsverzeichnis

	Seite
B. Arbeitnehmerbesteuerung	125
I. Arbeitslohn	125
1. Unentgeltliche oder verbilligte Mahlzeiten	125
2. Wegfall der Fünftelregelung beim Lohnsteuerabzug	125
II. Werbungskosten – Reisekosten bei Auslandsreisen	126
C. Umsatzsteuer	126
I. Umsätze	126
1. Ortsregelung für Streamingdienstleistungen/virtuelle Veranstaltungen . .	126
2. Abschaffung des Umsatzsteuerlagers	127
3. Modifizierung der Steuerbefreiung für Bildungsleistungen.	127
II. Ermäßigter Umsatzsteuersatz auf Kunstwerke	127
III. Rechnungsstellung und Vorsteuerabzug	127
1. Verpflichtende E-Rechnung im B2B-Bereich	127
2. Rechnungspflichtangabe bei Versteuerung nach vereinnahmten Entgelten	129
3. Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Leistung eines Ist-Versteuerers . . .	129
IV. Sonstiges	130
1. Umsatzsteuer-Voranmeldung.	130
a) Befreiung von der Abgabepflicht	130
b) Umsatzgrenze für monatlichen Voranmeldungszeitraum.	130
2. Besteuerung von Kleinunternehmern	130
a) Modifizierungen der bisherigen Regelungen	130
b) EU-weite Anwendung	130
3. Verlängerung der Übergangsfrist für die Anwendung des § 2b UStG . .	131
D. Internationales Steuerrecht	131
I. Verrechnungspreisdokumentation – Vorlage	131
II. Quellenbesteuerung – Geltungsdauer von Freistellungsbescheinigungen . .	132
III. Vermeidung von Doppelbesteuerung – Anwendung des MLI	132
IV. Wegzugsbesteuerung i.S.d. InvStG.	133
E. Immobilienbesteuerung	134
I. Photovoltaikanlagen: Steuerbefreiung von Einnahmen	134
II. Grundsteuerwerte: Anzeige von Änderungen	135
F. Erbschaftsteuer	135
I. Steuerbegünstigungen.	135
1. Verschonungsabschlag bei Insolvenzeröffnung einer Kapitalgesellschaft	135
2. Steuerbefreiung von Wohnimmobilien auf Drittstaatenfälle	135
3. Steuerstundung bei Wohnimmobilien	136

	Seite
II. Nachlassverbindlichkeiten	136
1. Erhöhung des Erbfallkosten-Pauschbetrags	136
2. Abzugsfähigkeit bei beschränkter Steuerpflicht.	136
G. Besteuerung von Privatpersonen	137
I. Kapitaleinkünfte: Anpassung von Kapitalertragssteuerbescheinigungen	137
II. Rentenbesteuerung: Abschmelzen des Versorgungsfreibetrags	137
III. Tarifänderungen und Familienleistungen.	137
1. Einkommensteuertarif	137
2. Familienleistungen	138
H. Wirtschaftsprüfung	138
I. Jahres- und Konzernabschlussprüfung	138
1. Ertragsteuerinformationsbericht: Public Country by Country Reporting.	138
a) Entwicklung	138
b) Betroffene Unternehmen.	139
c) Inhalt des Ertragsteuerinformationsberichts	140
d) Berichtszeitraum und Offenlegung	140
e) Prüfung	141
f) Sanktionen.	141
g) Zusammenhang mit Country-by-Country-Reporting	141
2. Regierungsentwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes: HGB-Änderungen außerhalb der Nachhaltigkeitsberichterstattung	142
a) Unterzeichnung / Form des Jahres- und Konzernabschlusses	143
b) Befreiende Konzernabschlüsse und Konzernlageberichte	143
c) Aufstellungsformat von Lageberichten/Konzernlageberichten	144
d) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	144
e) Berichterstattung über immaterielle Ressourcen im (Konzern-)Lagebericht	145
3. IDW RS IFA 1 n.F.	146
a) Neufassung der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Abgrenzung von Erhaltungsaufwand und Herstellungskosten bei Gebäuden in der Handelsbilanz	146
b) Voraussetzungen für eine Aktivierung von Herstellungskosten	147
4. Handelsrechtliche Rechnungslegung bei Personenhandelsgesellschaften – IDW ERS FAB 7	149
a) Hintergrund	149
b) Bilanzierung latenter Steuern bei Optierung zur Körperschaftsteuer	150
c) Erträge aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften	150
d) Sonderposten für aktivierte Anteile an der Komplementärgesellschaft	150
e) Gewinnanteil des persönlich haftenden Gesellschafters	151
f) Bilanzierung bei Abfindung ausscheidender Gesellschafter durch die Personenhandelsgesellschaft	151

Inhaltsverzeichnis

	Seite
II. Nachhaltigkeitsberichterstattung nach dem Regierungsentwurf des CSRD-Umsetzungsgesetzes	152
1. Gesetzgebungsverfahren	152
2. Betroffene Unternehmen	152
3. Gestaffelte erstmalige Anwendung	153
4. Inhaltliche Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung	153
5. Nachhaltigkeitsbericht als Bestandteil des (Konzern-)Lageberichts	154
6. Prüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	154
7. Folgen für das Geschäftsjahr 2024	156
III. Internationale Rechnungslegung	157
1. Prüfungsschwerpunkte der ESMA und der BaFin	157
a) Prüfungsschwerpunkte der European Securities and Markets Authority	157
aa) Abschlüsse nach International Financial Reporting Standards (IFRS)	157
bb) Nachhaltigkeitsberichte nach den European Sustainability Reporting Standards (ESRS)	158
cc) ESEF (European Single Electronic Format)	159
dd) Weitere Themengebiete und Veröffentlichungen	159
b) Prüfungsschwerpunkt der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	159
2. Noch nicht angewandte neue bzw. geänderte Standards und Interpretationen (IAS 8.30)	160
3. Überblick über die Änderungen im Einzelnen	161
a) Veröffentlichung IFRS 19 „Tochterunternehmen ohne öffentliche Rechenschaftspflicht: Angaben“	161
b) Veröffentlichung IFRS 18 „Presentation and Disclosure in Financial Statements“	162
c) Veröffentlichung Sammel-Änderungsstandard „Annual Improvements to IFRS Accounting Standards – Volume 11“	163
d) Änderungen an IAS 21: „Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse“ – Mangel an Umtauschbarkeit	164
e) Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 infolge der Einführung der Klassifizierungs- und Bewertungsvorschriften von IFRS 9	165
IV. Einwegkunststofffondsgesetz: Sonderabgabe ab 1.1.2025	165
1. Persönlicher Anwendungsbereich	165
2. Sachlicher Anwendungsbereich	166
3. Zweck des Einwegkunststofffonds	167
4. Registrierungs- und Meldepflicht bereits seit 2024 – Zahlungspflicht ab 2025	167
5. Sanktionen bei unterlassener Registrierung	167
I. Wirtschaftsrecht	168
I. Allgemeines Wirtschaftsrecht	168
1. Viertes Bürokratieentlastungsgesetz – Regelungen im Zivilrecht	168
a) Gesetzgebungsverfahren und Überblick	168

	Seite
b) Aufhebung von Schriftformerfordernissen und Herabstufung auf die Textform	168
2. Justizstandort-Stärkungsgesetz	170
3. Barrierefreiheitsstärkungsgesetz	171
a) Gesetzgebungsverfahren	171
b) Betroffene Unternehmen	171
c) Betroffene Produkte und Dienstleistungen	171
d) Handlungspflichten	172
e) Sanktionen	173
4. Sozialversicherungs-Rechengrößen	173
II. Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht	174
1. Erste EU-Geldwäscheverordnung: Auswirkungen auf wirtschaftlich Berechtigte und das Transparenzregister	174
a) Wirtschaftlich Berechtigter	174
b) Anhebung des Schwellenwerts	175
c) Einheitliche Methodik zur Bestimmung mittelbarer wirtschaftlich Berechtigter	175
d) Wirtschaftlich Berechtigter einer Stiftung	175
2. EU Listing Act – Änderungen der Marktmisbrauchsverordnung	176
a) Einführung	176
b) Ad-hoc Publizitätspflicht	176
c) Aufschub der Veröffentlichung von Insiderinformationen	177
d) Insiderlisten	177
e) Directors' Dealings	177
f) Zeithorizont	177
III. Environmental Social Governance	178
1. Europäisches Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz: Corporate Sustainability Due Diligence Directive	178
a) Europäische Entwicklungen	178
b) Überprüfung der Lieferkette auf Umwelt- und Menschenrechtsbelange	178
c) Anwendungsbereich der CSDDD	179
d) Sorgfaltspflichten nach der CSDDD	179
e) Haftungsrisiken für Unternehmen	179
f) Berichtspflicht im Spannungsfeld der CSDDD	180
2. EU-Verordnung für entwaldungsfreie Lieferketten	180
a) Hintergrund	180
b) Ziele	180
c) Persönlicher Anwendungsbereich	181
d) Sachlicher Anwendungsbereich	181
e) Einfuhr-, Bereitstellungs- und Ausfuhrverbot	181
f) Risikoeinstufung durch die EU-Kommission	182
3. EU- Richtlinie zur Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel	183

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Neufassung der EU-Gebäuderichtlinie	185
a) Umsetzung in nationales Recht	185
b) Erhöhte Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz	185
c) Ladepunkte für PKW-Stellplätze und Bereitstellung von Fahrradstellplätzen	185
d) Solarenergieanlagenpflicht.	186
e) Gebäudeautomations- und -steuerungssysteme	186
IV. Voraussichtlich gescheiterte Gesetzgebungsverfahren	186
 Dritter Teil: Entwicklungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung 2024	 189
A. Unternehmensbesteuerung	191
I. Bilanzierung	191
1. Einlage von Wirtschaftsgütern aus dem Privatvermögen	191
2. Contracting-Anlagen	191
3. Teilwertansatz bei börsennotierten „hybriden“ Anleihen	191
4. Doppelseitiges Treuhandmodell zur Insolvenzsicherung von Altersteilezeitansprüchen	192
5. Nutzungsdauer für Software	192
6. Befristete Anwendbarkeit der degressiven Abschreibung.	193
7. Gebäudeabschreibung nach der kürzeren tatsächlichen Nutzungsdauer.	193
a) Darlegung der kürzeren Nutzungsdauer	193
b) Gesetzliche Neufassung	193
8. Degressive Abschreibung für Wohngebäude	194
9. Modifizierung der Sonderabschreibung für Mietwohnungsneubau	194
10. Gebäudeabschreibung nach Auslaufen von Sonderabschreibungen . . .	195
11. Anhebung der Sonderabschreibung nach § 7g Abs. 5 EStG	195
12. Beteiligungsbetrag im Leasing-Restwertmodell.	195
13. Rückstellung für Altersfreizeit.	195
14. Pensionsrückstellung bei Unbestimmtheit einer Teilleistungskomponente	196
II. Gewinnermittlung.	196
1. Steuerfreiheit von Sanierungserträgen	196
2. Freigrenze für Geschenke.	197
3. Privatnutzung eines rein elektrischen Firmenfahrzeugs.	197
4. Leasingsonderzahlung für ein gemischt genutztes Fahrzeug	197
5. Betriebsausgabenabzug bei Besteuerungskongruenzen	197
6. Influencer.	198
7. Temporäre Modifizierung des Verlustvortrags	198
8. Nachträgliche Betriebsausgaben des Betriebsübergebers	199
9. Erstattungszinsen als tarifbegünstigte Vergütung für mehrjährige Tätigkeiten	199

	Seite
10. Pauschalierung der Einkommensteuer nach § 37b EStG.	200
a) VIP-Logen	200
b) Sachzuwendungen eines Kreditinstituts an Privatkunden.	200
III. Personengesellschaften	201
1. Gesamthand und Gesamthandsvermögen	201
2. Zinszahlungen auf gruppeninterne Darlehen	202
3. Überentnahmen	202
a) Überentnahmen bei mehrstöckigen Personengesellschaftsstrukturen	202
b) Typisierter Zinssatz verfassungsgemäß	202
4. Modifizierungen der Thesaurierungsbegünstigung	203
5. Änderungen bei der Option zur Körperschaftsbesteuerung	204
6. Buchwertübertragung von Einzelwirtschaftsgütern.	204
a) Unentgeltliche Übertragung zwischen Schwesternpersonengesellschaften	204
b) Verschärfung der Körperschaftsteuerklausel	205
7. Teilentgeltlicher Übertragung eines Wirtschaftsguts.	206
8. Earn-Out-Zahlungen bei Veräußerung eines Mitunternehmeranteils.	206
9. Buchwertfortführung bei Anwachsung eines Gesellschaftsanteils	207
10. Verluste nach § 15a EStG	207
a) Verlustfortführung bei Anwachsung eines KG-Anteils	207
b) Zurechnung des fiktiven Gewinns nach § 15a Abs. 3 EStG	208
11. Seitwärtsabfärbung: Anwendung der Bagatellgrenze nicht zulasten des Steuerpflichtigen	208
12. Aufwärtsabfärbung bei verrechenbaren Verlusten nach § 15a EStG.	209
IV. Körperschaften	209
1. Schachtelbeteiligungsschwelle bei unterjährigen Anteilserwerben.	209
2. Dauerüberzahlerbescheinigung bei unbeschränkt steuerpflichtiger Holdingkapitalgesellschaft	210
3. Private Kfz-Nutzung durch den Alleingesellschafter-Geschäftsführer	210
4. Inkongruente Gewinnausschüttungen	211
5. Zufluss nicht ausgezahlter Tantiemen	212
6. Gleichzeitige Zahlung von Geschäftsführergehalt und Pension	212
7. Keine vGA bei fehlendem Zuwendungswillen	213
8. Gesellschafterdarlehen	213
a) Reichweite des Abzugsverbots	213
b) Währungskursverluste vor dem 1.1.2022	214
9. Verlustuntergang	214
a) Kein Untergang verrechenbarer Verluste trotz Anteilseignerwechsel .	214
b) Schädlicher Beteiligungserwerb im Rahmen der Sanierungsklausel .	215
10. Ertragsteuerliche Organschaft	215
a) Finanzielle Eingliederung bei Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit	215

Inhaltsverzeichnis

	Seite
b) Finanzielle Eingliederung bei unterjähriger Verschmelzung des Organträgers	216
c) Streichung des Verlustberücksichtigungsverbots.	216
11. Private Stiftung: Einlagenrückgewähr	217
12. Übergangsregelungen vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren .	217
13. Ausländische Körperschaft als Steuerschuldner	218
V. Gewerbesteuer.	218
1. Passive ausländische Betriebsstätteneinkünfte	218
2. Hinzurechnung von Standflächenmieten bei Imbissbetrieben	219
3. Hinzurechnung von Swap-Zinsen	219
4. Bankenprivileg bei Konzernfinanzierungsgesellschaften	220
5. Hinzurechnung von Auslandsdividenden aus Streubesitz in 2001 . . .	220
6. Erweiterte Grundstückskürzung	221
a) Vermietung eines Hotelgrundstücks.	221
b) Inländische Betriebsstätte einer ausländischen Kapitalgesellschaft .	222
c) Durchgriffsverbot bei umgekehrter Betriebsaufspaltung	222
d) Unschädliche Einnahmen aus Strom	223
7. Verlustvortrag	223
a) Unternehmensidentität einer Kapitalgesellschaft	223
b) Entsprechende Anwendung des § 8d KStG	224
c) Verlustverrechnung bei Beteiligungsveräußerung in mehrstöckiger Personengesellschaftsstruktur	224
d) Einbringungsbedingter Übergang des Verlustvortrags von einer Kapital- auf eine Personengesellschaft	225
8. Zerlegung	226
a) Batteriegrößspeicheranlagen zur Speicherung von Wind- und Solar- energie	226
b) Mehrgemeindliche Betriebsstätte	226
9. Gewerbesteueranrechnung beim persönlich haftenden Gesellschafter einer KGaA	226
VI. Umwandlungssteuer	227
1. Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft	227
a) Elektronische Übermittlung der steuerlichen Schlussbilanz	227
b) Erweiterung der Einlagefiktion von Anteilen an der übertragenden Körperschaft.	227
c) Gewerbesteuerpflicht bei mittelbarer Veräußerung nach Umwandlung	227
2. Vermögensübertragung auf eine andere Körperschaft	228
a) Antragsfrist für Buchwertansatz	228
b) IT-Infrastruktur als eigenständiger Betriebsteil bei einer Abspaltung	228
c) Verschärfung der Nachspaltungsveräußerungssperre	229
3. Formwechsel in eine Personengesellschaft	229
a) Übertragung von Pensionsrückstellungen in eine Personengesellschaft	229
b) Keine Gewerbesteuer hinsichtlich neu gebildetem Betriebsvermögen	230

	Seite
4. Einbringung in eine Kapitalgesellschaft	230
a) Versteuerung des Einbringungsgewinns durch den originär Einbringenden	230
b) Berücksichtigung von Einlagen/Entnahmen im Rückwirkungszeitraum einer Einbringung	231
c) Ausnahme von der Besteuerung des Einbringungsgewinns II	231
5. Einbringung von Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft	231
a) Kapitalgesellschaftsanteil als (un)wesentliche Betriebsgrundlage eines Mitunternehmeranteils	231
b) Keine Ergebniskonsolidierung im Jahr der Verschmelzung	232
VII. Sonstige Themen der Unternehmensbesteuerung	233
1. Keine Unionsrechtswidrigkeit von Nachzahlungszinsen	233
2. Verfassungsrechtliche Zweifel hinsichtlich der Höhe der Aussetzungszinsen	233
3. Verfassungsmäßigkeit der Höhe der Säumniszuschläge	234
4. Abgabenrechtliche Reaktion auf den Wegfall des Gesamthandsprinzips durch das MoPeG	234
5. Änderungen bei der Forschungszulage	235
6. Anhebung der Buchführungspflichtgrenze	236
B. Arbeitnehmerbesteuerung	236
I. Arbeitsentgelt	236
1. Sachbezugswerte für Mahlzeiten an Arbeitnehmer in 2024	236
2. Dienstwagennutzung: Minderung um Parkplatzmiete	236
3. Arbeitgeberleistungen zum Deutschlandticket	237
4. Überlassung von Zubehör für (Elektro-)Fahrräder	237
5. Im Zusammenhang mit Präventionsleistungen stehende Unterkunfts- und Verpflegungsleistungen	238
6. Zuschläge für Bereitschaftsdienste	238
7. Teilerlass eines Weiterbildungsdarlehens	239
8. Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	239
a) Anhebung des steuerlichen Freibetrags	239
b) Ausweitung der aufschiebenden Besteuerung	240
9. Fünftelregelung	241
a) Verdienstausfallschaden	241
b) Verfassungskonformität	241
10. Lohnsteuerpauschalierung	242
a) Nicht allen Betriebsangehörigen offenstehende Betriebsveranstaltung	242
b) Beiträge zur Gruppenunfallversicherung	242
II. Werbungskosten	242
1. Reisekosten bei Auslandsdienstreisen	242
2. Reisekosten für eine Fortbildung außerhalb eines Dienstverhältnisses	242
3. Erste Tätigkeitsstätte: Keine stillschweigende Zuordnung durch geringfügige Tätigkeit	243

Inhaltsverzeichnis

	Seite
4. Umzugskosten	243
a) Werte ab 1.3.2024	243
b) Umzug wegen Home-Office	244
5. Doppelte Haushaltsführung	244
a) Zweitwohnungssteuer	244
b) Doppelte Haushaltsführung im Ausland	245
6. Pauschbetrag für Berufskraftfahrer	245
III. Beschränkte Steuerpflicht	245
C. Umsatzsteuer	245
I. Besteuerung der Umsätze	245
1. Parkraumbewirtschaftungsverträge	245
2. „Dinner-Show“ als einheitliche komplexe Leistung	246
3. In-App-Käufe	246
4. Online-Veranstaltungsdienstleistungen und weitere Online-Dienstleistungsangebote	247
5. Ausgleichszahlungen an einen Telekommunikationsanbieter	247
6. Qualifizierung von Gutscheinen in Leistungsketten	248
7. Unentgeltliche Wärmeabgabe aus Biogasanlage	249
8. Geschenkeobergrenze	249
9. Zuschüsse	249
10. Einzelfragen zu PV-Anlagen	250
11. Neudefinition von Werklieferungen	250
12. Innergemeinschaftliches Dreiecksgeschäft: Rechnungsberichtigung	251
13. Nordirland als übriges Gemeinschaftsgebiet	251
II. Vorsteuerabzug	251
1. EuGH zu den Voraussetzungen des Vorsteuerabzugs	251
2. Entstehung des Rechts auf Vorsteuerabzug bei Ist-Versteuerung	252
3. Vorsteuerabzug aus der Rechnung eines Konkursverwalters	252
4. Vorsteuerabzug bei unentgeltlichen Zuwendungen	253
5. Vorsteuerabzug im Zusammenhang mit Wohnraumvermietung	254
a) Kein Vorsteuerabzug aus Heizungsanlage	254
b) Vorsteuerabzug bei Lieferung von Mieterstrom	254
6. Vorsteueraufteilung nach dem Gesamtumsatzschlüssel	255
7. Dokumentation der Zuordnungsentscheidung für den Vorsteuerabzug	255
III. Steuersatz	256
1. Auslaufen des geminderten Umsatzsteuersatzes in der Gastronomie	256
2. Ermäßiger Umsatzsteuersatz auf Holzhackschnitzel	256
3. Aufteilungsgebot von Beherbergungsleistungen	256
IV. Organschaft	257
1. Personengesellschaft als Organgesellschaft	257

	Seite
2. Organisatorische Eingliederung einer Aktiengesellschaft als Organgesellschaft	257
3. Nichtsteuerbarkeit von Innenumsätzen einer Organschaft	258
V. Sonstige umsatzsteuerliche Themen	259
1. Unternehmereigenschaft von Aufsichts- und Verwaltungsräten	259
a) Keine Unternehmereigenschaft eines Aufsichtsratsmitglieds mit Sitzungsvergütung	259
b) Keine Unternehmereigenschaft von Verwaltungsratsmitgliedern einer Aktiengesellschaft luxemburgischen Rechts	259
2. Direktanspruch auf Umsatzsteuererstattung	260
3. Reverse Charge-Verfahren	260
a) Nachweis der Unternehmereigenschaft des Leistungsempfängers	260
b) Vereinfachungsregelung bei irrtümlicher Anwendung	261
4. Unzutreffender und unbefugter Steuerausweis	261
a) Ausweis einer falschen Umsatzsteuer in Rechnungen an Endverbraucher	261
b) Neuregelung zum unberechtigten Steuerausweis bei Gutschriften	261
c) Unbefugter Steuerausweis durch Arbeitnehmer	262
5. Aufzeichnungs-, Melde- und Aufbewahrungspflichten für Zahlungsdienstleister	262
6. Erleichterungen für Unternehmer	263
a) Erleichterungen bei der Kleinunternehmerregelung	263
b) Anhebung der Ist-Versteuerungsgrenze	263
D. Immobilienbesteuerung	263
I. Ertragsbesteuerung	263
1. Aktivierung der Instandhaltungsrückstellung beim bilanzierenden Wohnungseigentümer	263
2. Gebäudeabschreibung nach Auslaufen von Sonderabschreibungen	264
3. Körperschaftsteuerbefreiung von Wohnungsgenossenschaften und -vereinen	264
II. Grundsteuer – verfassungsrechtliche Bedenken	264
1. Ansatz eines niedrigeren gemeinen Werts	265
2. Verfassungsrechtliche Zweifel gegenüber dem Bundesmodell	265
3. Keine verfassungsrechtlichen Zweifel gegenüber dem Bundesmodell mit Sächsischen Sonderregelungen	266
4. Verfahren hinsichtlich des Landesmodells Baden-Württemberg	267
5. Allgemeinverfügung zum Landesmodell Niedersachsen	267
III. Grunderwerbsteuer	267
1. Zurechnung von Grundstücken	267
2. Anteilsvereinigung	268
a) Gleichlautende Erlasse	268
b) Grenzüberschreitende Verschmelzung	269
c) Wiederholte Anteilsvereinigung	269

	Seite
d) Kein Vertrauenschutz bei zwischengeschalteter Personengesellschaft	270
3. Übergang auf bzw. von einer Gesamthand	270
a) Gleichlautende Erlasse	270
b) Gesetzliche Klarstellung als Reaktion auf das MoPeG	270
c) Gesamthandsbegriff in den Nachbehaltensfristen	271
4. Konzernklausel bei Verlängerung der Beteiligungskette	271
5. Steuerbefreiung für Parteien und Gewerkschaften	272
6. Senkung des Grunderwerbsteuersatzes in Thüringen zum 1.1.2024	272
E. Internationales Steuerrecht	272
I. Doppelbesteuerungsabkommen	272
1. Stand der DBA	272
2. „Guaranteed payments“ einer international tätigen Freiberufler-Personengesellschaft	272
3. Grenzüberschreitende Dienstleistung der mittelbaren Muttergesellschaft	273
II. Grenzüberschreitende Verlustverrechnung – faktische Organschaft	273
III. Außensteuerrecht	274
1. Verrechnungspreise	274
a) Unbesichertes Konzerndarlehen	274
b) Produktionsverlagerung auf eine Schwestergesellschaft im Ausland .	275
c) Keine Funktionsverlagerung ohne Verlagerung von Wirtschaftsgütern .	275
d) Verschärfungen bei Finanzierungsbeziehungen und Finanzierungsdienstleistungen	276
e) Betriebsstättengewinnabgrenzung	277
f) Vorabverständigungsverfahren über Verrechnungspreise	277
2. Wegzugsbesteuerung	278
a) Zeitpunkt der Berücksichtigung eines Entstrickungsgewinns	278
b) Stundung bei Wegzug in die Schweiz in Altfällen	278
c) Minderung der gestundeten Steuer bei eingetretener Wertminderung der Anteile	279
3. Hinzurechnungsbesteuerung	280
a) Tatsächliche wirtschaftliche Tätigkeit i.S.v. § 8 Abs. 2 AStG	280
b) Niedrigsteuerschwelle	281
c) Betriebsstätteneinkünfte	281
IV. Quellensteuerabzug	282
1. Inländische Darbietungen eines ausländischen Künstlers	282
2. Freigrenze bei Rechteüberlassungen	282
3. Erstattung von Kapitalertragsteuer an EU-Kapitalgesellschaft	282
V. Grenzüberschreitend tätige Arbeitnehmer	283
1. Steuerliche Behandlung des Arbeitslohns nach DBA	283
a) DBA-Ansässigkeit bei doppelter Ansässigkeit	283
b) Wirtschaftlicher Arbeitgeber	283
c) Nicht direkt zuordenbare Vergütungen	284

	Seite
2. Anwendung der Lohnsteuer-Tagestabelle	285
a) BMF-Schreiben	285
b) Ausschluss des Lohnsteuerjahresausgleichs	285
3. Nettolohnvereinbarung: Kindergeldzahlung an den Arbeitgeber	286
4. Antragsveranlagung bei beschränkt steuerpflichtigen Arbeitnehmereinkünften	286
5. Arbeitslohn in der Freistellungsphase	287
a) Gesetzliche Neuregelung	287
b) Abfindungszahlung bei Anwendung des DBA Frankreich	287
6. Reichweite der fiktiven unbeschränkte Steuerpflicht	288
VI. Globale Mindeststeuer	288
1. Persönlicher Anwendungsbereich	289
2. Grundzüge der Mindeststeuer	289
a) Besteuerungsverfahren	290
aa) Mindeststeuergruppe	290
bb) Steuerschuldner	291
cc) Steuerentstehung	291
b) Ermittlung des effektiven Steuersatzes	291
aa) Mindeststeuer-Gewinn bzw. Mindeststeuer-Verlust	291
bb) Angepasste erfasste Steuern	293
cc) Effektiver Steuersatz	294
c) Ermittlung des Steuererhöhungsbetrags	294
d) Primärergänzungssteuerregelung	295
e) Sekundärergänzungssteuerregelung	297
f) Anerkannte nationale Ergänzungssteuer	297
3. Erleichterungen von der Mindeststeuer	297
a) Permanente Erleichterungen	298
aa) Safe-Harbour-Regelung für vereinfachte Berechnungen	298
bb) Safe-Harbour-Regelung bei anerkannter nationaler Ergänzungssteuer	298
b) Befristete Erleichterungen	299
aa) Übergangsregelung bei untergeordneter internationaler Tätigkeit	299
bb) CbCR-Safe-Harbour-Regelung	299
cc) Sekundärergänzungssteuerbetrag-Safe-Harbour-Regelung	300
4. Erklärungs- und Berichtspflichten	301
a) Mindeststeuererklärung	301
b) Mindeststeuer-Bericht	301
VII. Mitteilungspflichten	302
1. Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	302
2. Staatenaustauschliste 2024 für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten	303
VIII. Anwendung des Steueroasen-Abwehrgesetzes	303

Inhaltsverzeichnis

	Seite
F. Erbschaftsteuer	304
I. Steuerpflichtige Vorgänge	304
1. Schenkung an Gesellschafter durch teilentgeltlichen Erwerb eigener GmbH-Anteile	304
2. Rechtsfähige Personengesellschaft	305
II. Steuerbegünstigung von Betriebsvermögen	305
1. Ermittlung der Beschäftigtenzahl für die Lohnsummenregelung	305
2. Keine Begünstigung von treuhänderisch gehaltenen Kapitalgesellschaftsanteilen	305
3. Verwaltungsvermögen	306
a) Dritten zur Nutzung überlassenes Parkhaus	306
b) Geleistete Anzahlungen	307
c) Eingeschränkte Anwendung des 90 %-Verwaltungsvermögenstests	307
4. Optionsverschonung	308
5. Großerwerbsschwelle	309
III. Weitere Steuerbegünstigungen	309
1. Zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke in Drittstaaten	309
2. Begünstigungstransfer	310
IV. Familienstiftung	310
1. Begünstigung der Vermögensübertragung	310
2. Steuerklassenprivileg EU-rechtskonform?	311
V. Nachlassverbindlichkeiten	312
1. Erbfallkostenpauschbetrag: Inanspruchnahme durch Vermächtnisnehmer	312
2. Vermächtnisanspruch bei Berliner Testament mit Jastrowscher Klausel	312
G. Besteuerung von Privatpersonen	313
I. Kapitalgesellschaftsanteile i.S.v. § 17 EStG	313
1. Anwendung der strengen Trennungstheorie bei Übertragung	313
2. Verlust aus der Auflösung einer Kapitalgesellschaft	313
II. Einkünfte aus Kapitalvermögen	314
1. Teileinkünfteverfahren – Fortgeltung des Antrags	314
2. Nutzungsersatz aus rückabgewickeltem Verbraucherkreditvertrag	315
3. Glattstellungsgeschäft: Zahlung einer Prämie durch Stillhalter	315
4. Verlustverrechnungsbeschränkung bei Termingeschäften	316
5. Basiszins zur Berechnung der Vorabpauschale für 2024	316
III. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung – Einkünfteerzielungsabsicht	317
IV. Sonstige Einkünfte	317
1. Anhebung der Freigrenze	317
2. Keine Anwendung der strengen Trennungstheorie bei teilentgeltlicher Grundstücksübertragung	317

	Seite
3. Private Grundstücksveräußerung	318
a) Veräußerung eines zu eigenen Wohnzwecken genutzten Wohngrundstücks	318
b) Grundstücksveräußerung nach Erwerb eines Erbanteils	319
c) Beteiligung an Gesamthandsgemeinschaft	319
V. Weitere Änderungen	320
1. Einkommensteuertarif	320
2. Kinderfreibetrag	320
H. Wirtschaftsprüfung	320
I. Jahres- und Konzernabschlussprüfung	320
1. Anhebung der Schwellenwerte für die Größenklassen von Unternehmen und Konzernen	320
2. Neues aus der Rechnungslegung bei Umwandlungen (IDW RS FAB 41)	322
a) Hintergrund der Neufassung	322
b) Merkmale des grenzüberschreitenden Formwechsels	323
c) Besonderheiten der Rechnungslegung beim Hereinformwechsel	323
d) Besonderheiten der Rechnungslegung beim Hinausformwechsel	325
e) Rechnungslegung der Anteilsinhaber des formwechselnden Rechtsträgers	325
3. Anforderungen an die Erstellung von Sanierungskonzepten IDW S 6	326
a) Vorbemerkung	326
b) Kernanforderungen an Sanierungskonzepte / Sanierungsfähigkeit	326
c) Die Neuerungen im Überblick	327
4. Beurteilung des Vorliegens von Insolvenzeröffnungsgründen IDW S 11	329
a) Vorbemerkung	329
b) Zahlungsunfähigkeit	329
c) Überschuldung	331
d) Drohende Zahlungsunfähigkeit	332
5. Aktuelle Rechtsprechung	332
a) Nicht rechtzeitige Offenlegung von Jahresabschlüssen: Eintritt der Verfolgungsverjährung	332
b) Nichteinreichung von Rechnungslegungsunterlagen	332
c) Wirksamkeit eines Beschlusses über die Bestellung eines Sonderprüfers	333
d) Schätzgrundlage für eine angemessene Abfindung außenstehender Aktionäre	333
II. Nachhaltigkeitsberichterstattung: Aktuelle Entwicklungen in Bezug auf die Standardsetzung	333
1. Hintergrund	333
2. Delegierte Regulatorik	334
3. Begleitende Veröffentlichungen	334
III. Internationale Rechnungslegung	336
1. Überblick zu den Angabepflichten in einem EU-IFRS-Konzernabschluss zum 31.12.2024	336

Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Auswirkungen neuer bzw. geänderter Standards oder Interpretationen (IAS 8.28)	336
3. Überblick über die Änderungen im Einzelnen.	337
a) Änderungen an IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ und IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben“	337
b) Änderungen an IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“ zur Klassifizierung von Schulden als kurz- oder langfristig	337
c) Änderungen an IFRS 16 Leasing zu Sale-and-Leaseback-Transaktionen.	337
IV. Energiewirtschaft	338
1. Reduktion der Energiekosten nach Auslaufen des StromPBG/EWPBG . .	338
a) Einführung.	338
b) Strompreiskompensation: Kompensation von indirekten CO ₂ -Kosten aus dem europäischen Emissionshandel	338
c) Carbon Leakage Kompensation von direkten CO ₂ -Kosten aus dem nationalen Emissionshandel	338
d) Besondere Ausgleichsregelung nach dem Energiefinanzierungsgesetz	339
e) Einstufung als Sondervertragskunde – Prüfung nach der Konzessionsabgabenverordnung (KAV).	339
f) Begrenzung der Umlage nach § 19 Abs. 2 StromNEV („StromNEV-Umlage“).	340
2. Endabrechnung im Rahmen des Erdgas-Wärme-Preisbremsengesetzes und des Strompreisbremsengesetzes	340
a) Voraussetzungen und Fristen der Endabrechnung gemäß EWPBG . .	340
b) Jahresendabrechnung für Elektrizitätsversorgungsunternehmen. . . .	341
I. Wirtschaftsrecht	341
I. Vertragsrecht.	341
1. Übertragung von Miteigentum an unvermietetem Grundstück rechtlich vorteilhaft	341
2. Haftung für Gewerbesteuerschulden des Veräußerers bei Fortführung des Unternehmens und der Firma durch Erwerber.	342
3. Belastung von Sparverträgen mit Negativzinsen zulässig.	343
4. Rechte von Sparkassenkunden bei Prämienparverträgen	343
5. Factoring: Keine Gewährleistung nach Kaufrecht	343
6. Vorzeitige Rückzahlung eines Wohnimmobilien-Verbraucherkredits und Umfang der Entschädigung für Kreditgeber	344
7. Vorfälligkeitsentschädigung in einem „negativen“ Zinsumfeld	345
II. Gesellschaftsrecht	345
1. Allgemein	345
a) Auskunftsersuchen eines Gesellschafters zur Identifizierung von Mitgesellschaftern	345
b) Einberufung zur Gesellschafterversammlung durch Unbefugten führt zur Nichtigkeit von Beschlüssen	346
c) Start-up-Unternehmen: Zulässigkeit einer Hinauskündigungsklausel in Form einer Vesting-Regelung	346

	Seite
2. Gesellschaft bürgerlichen Rechts	347
a) Anpassungen des Unternehmensbasisdatenregistergesetzes	347
b) Erste Rechtsprechung zum Gesetz zur Modernisierung des Personen- gesellschaftsrechts	347
aa) Überblick über die Änderungen im Bereich der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	347
bb) Eintragung und Stellung der Gesellschaftsbezeichnung eGbR .	348
cc) Auswirkungen des MoPeG auf die Grundbucheintragung einer GbR	349
dd) Änderung der Bezeichnung einer im Gesellschaftsregister ein- getragenen GbR im Grundbuch	350
ee) Voreintragung einer GbR im Gesellschaftsregister auch bei Lö- schung eines Rechts der GbR erforderlich	350
ff) Kein Rückgriff auf intertemporale Rechtsgrundsätze, wenn sich materielles Recht nicht ändert	351
gg) Anwendbares Recht bei Tod bzw. Kündigung des Gesellschaf- ters einer zweigliedrigen GbR	351
3. Kommanditgesellschaft	352
a) Auskunfts- und Informationsrecht des Kommanditisten gegen KG und Komplementär	352
b) Eintragung der Komplementär-Gesellschaft als Voraussetzung für die Eintragung der KG	353
c) Der Testamentsvollstreckung unterliegender Gesellschaftsanteil als abspaltbares Sondervermögen	353
4. Gesellschaft mit beschränkter Haftung	354
a) Teilnahmerecht an Gesellschafterversammlung ist unverzichtbar . .	354
b) Fehlende Eintragung im Handelsregister	354
d) Wirtschaftliche Unternehmensneugründung unter Verwendung ei- nes „leeren“ Gesellschaftsmantels	355
e) Kapitalerhöhung einer GmbH mit mehreren Geschäftsanteilen . . .	355
f) Einziehung von GmbH-Geschäftsanteilen: Bestimmung der Beteili- gungsquoten der verbliebenen Anteile	356
g) Paketverkauf von GmbH-Geschäftsanteilen: Statutarisches Vorkaufs- recht	357
h) Grenzüberschreitende Verschmelzung: Anspruch auf Auszahlung der vollständigen Einlage an atypisch stillen Gesellschafter	357
i) GmbH-Geschäftsführer muss personenbezogene Daten im Handels- register dulden	358
j) Verlegung des Satzungssitzes ins Ausland ist nicht eintragungsfähig	358
5. Aktiengesellschaft	359
a) Aktienrechtlicher Squeeze Out: Nur ausnahmsweise rechtsmiss- bräuchlich	359
b) Faktischer Konzern: Stimmrechtsausschluss des Mehrheitsaktio- närs in Hauptversammlung der abhängigen Gesellschaft bei Interes- senkonflikt	360
c) Squeeze Out: Bestimmung der Barabfindung nach einer am Bör- senkurs orientierten Schätzung.	360

Inhaltsverzeichnis

	Seite
d) Hauptversammlung: Beschränkung des Teilnahmerechts von Aktiönen durch Verbot der Gerätenutzung	360
e) Keine gerichtliche Ergänzung bei Beschlussunfähigkeit des Aufsichtsrats aufgrund eines boykottierenden Mitglieds	361
f) Gesamtschuldnerische Haftung aller an der Spaltung beteiligten Aktiengesellschaften	361
6. Verein – Mindestanforderungen an Vereinssatzung	362
7. Wohnungseigentümergemeinschaften – Beschlüsse in der Corona-Pandemie	362
III. Restrukturierung und Sanierung	363
1. Zu den Befugnissen eines vorläufigen Insolvenzverwalters mit Zustimmungsvorbehalt	363
2. Zur Notwendigkeit einer Zustimmung der GmbH-Gesellschafter zur Einleitung eines StaRUG-Verfahrens.	363
3. Gläubigerbenachteiligung: Herstellung einer Aufrechnungslage	363
4. Gläubigerbenachteiligung bei unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Daten an einen Dritten.	364
5. Anfechtung der Versäumung einer Erbausschlagungsfrist durch den Insolvenzschuldner	364
6. Keine Insolvenzanfechtung bei Befreiung von der Bürgschaftsverbindlichkeit infolge der Erfüllung der Hauptschuld	365
7. Vorsatzanfechtung bei Veräußerung eines Grundstücks unter Wert	365
8. Doppelinsolvenz des Leistenden und des Leistungsmittlers.	366
9. Zahlung von Einfuhrumsatzsteuer als mittelbare Gläubigerbenachteiligung	366
10. Sachhaftung an einfuhrabgabepflichtiger Ware als kongruente Sicherung	367
11. Unentgeltlichkeit der Nachbesicherung einer fremden Verbindlichkeit.	367
12. Massezugehörigkeit von Steuererstattungsansprüchen	368
13. Zulässigkeit einer Anfechtungsklage gegen einen anderen Mitgliedstaat der EU	368
IV. IT-Recht und Datenschutz	368
1. Digitale-Dienste-Gesetz – Anpassungsbedarf für Website-Betreiber in deren Impressum	368
2. Datenschutzgrundverordnung	369
a) Schufa-Scoring als grundsätzlich verbotene automatisierte Entscheidung	369
b) Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Gesundheitsdaten durch den Arbeitgeber	369
c) Kein immaterieller Schaden allein durch verspätete Auskunftserteilung	370
d) Geldbuße nur bei schulhaftem DSGVO-Verstoß eines Verantwortlichen	371
e) Schadensersatzpflicht bei falscher Adressierung personenbezogener Daten	371
f) Keine pauschale Haftungsbefreiung für DSGVO-Verstöße bei Cyberangriff	372

	Seite
g) Kein immaterieller Schaden bei rein hypothetischem Missbrauch personenbezogener Daten	373
h) Verlust der Kontrolle über eigene personenbezogene Daten als immaterieller Schaden	373
V. Arbeitsrecht	373
1. Vergütungen	373
a) Vergütung nach den zuletzt mitbestimmungsgemäß eingeführten Entlohnungsgrundsätzen	373
b) Gleichbehandlung bei Gehaltserhöhung und Inflationsausgleichsprämie in Freistellungsphase	374
c) Schadensersatz wegen verspäteter Zielvorgabe	374
d) Mittelbare Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigte bei Überstundenvergütung	375
e) Anpassung vereinbarter Vergütung an Aufstockung der Arbeitszeit .	375
f) Auszahlung eines Provisionsanspruchs in Kryptowährung	376
g) Vertragswidrige Nichtüberlassung eines auch zur Privatnutzung vorgesehenen Dienstwagens	377
h) Körperreinigungs-, Umkleide- und Wegezeit als vergütungspflichtige Arbeitszeit?	377
i) Keine Mindestlohnvergütung für Rufbereitschaft in der eigenen Wohnung	377
j) Anknüpfung der Inflationsausgleichsprämie an weitere Bedingungen zulässig	378
k) Zahlung der Inflationsausgleichsprämie zur Mitarbeiterbindung . . .	378
l) Pfändbarkeit einer Inflationsausgleichsprämie	378
m) Schadensersatzanspruch wegen einseitiger Festlegung von Bonuszielen	379
n) Schadensersatz wegen verspäteter Zielvorgabe	379
o) Vorzeitige Abfindungszahlung: Ersatzpflicht des Arbeitgebers	379
p) Sozialversicherungsfreiheit pauschal versteuerbarer Entgelte	380
2. Urlaubsrecht	380
a) Fremdgeschäftsführer einer GmbH als Arbeitnehmer i.S.d. BURLG .	380
b) Urlaubsberechnung bei zeitlicher Überschneidung von Krankheit und Kurzarbeit „null“	381
c) Kürzung des tariflichen Mehrurlaubs bei langanhaltender Arbeitsunfähigkeit möglich	381
3. Arbeitsunfähigkeit	381
a) Erschütterung des Beweiswerts von Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen	381
b) Krankengeldanspruch trotz verspäteter Arbeitsunfähigkeits-Bescheinigung	382
c) Elterngeld Plus auch bei längerer Arbeitsunfähigkeit	383
4. Beendigung von Arbeitsverhältnissen	383
a) Vertragliches Wettbewerbsverbot des Arbeitnehmers auch während eines Kündigungsschutzprozesses	383
b) Kein Verzicht auf gesetzlichen Urlaubsanspruch durch Rechtsgeschäft vor Beendigung des Arbeitsverhältnisses	384

Inhaltsverzeichnis

	Seite
c) Wirksame Kündigung auch bei fehlender oder fehlerhafter Massen- entlassungsanzeige?	384
d) Konsultationspflicht des Arbeitgebers bei Massenentlassungen	386
e) Konsultationspflicht bei Massenentlassung wegen Eintritts des Ar- beitgebers in den Ruhestand	386
5. Entsendung von Arbeitnehmern	387
a) Widerruf einer A1-Bescheinigung	387
b) Gleiche soziale Vergünstigungen für Grenzgänger und gebietsansässi- ge Arbeitnehmer	387
6. Sonstiges Arbeitsrecht	388
a) Zweites Gesetz zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes	388
b) Gesamtschuldnerische Haftung von früherem und neuem Betriebs- inhaber bei Erfüllung der Ansprüche vor Betriebsübergang?	389
c) Digitaler Bewerbungsprozess: Ordnungsgemäße Unterrichtung des Betriebsrats	389
d) Nur ein Minijob neben Hauptbeschäftigung pauschal versicherbar.	390
e) Bemessungsgrundlage der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	390
f) Altersbedingte Verweigerung der Wiedereinstellung: Keine Altersdis- kriminierung	390
g) Hinterbliebenenrente: Steuerlicher Verlustvortrag bei Witwenein- kommen nicht zu berücksichtigen.	391
h) Formwirksamer Abschluss eines Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vor tatsächlichem Arbeitsbeginn	391
i) Corona-Rechtsprechung	392
aa) Entgeltfortzahlung während einer Quarantäneanordnung	392
bb) Lohnfortzahlung aufgrund einer Covid-19-Infektion und behörd- licher Absonderungsanordnung	392
cc) Corona-Quarantäne: Kein Recht auf mehr Urlaubstage	392
dd) Verstoß gegen einrichtungsbezogene Impfpflicht: Kein An- spruch auf Bezahlung oder Urlaub	393
VI. Environmental Social Governance	394
1. Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes	394
2. Energieeffizienzgesetz: Plattform für Abwärme	395
3. Gas-Wärme-Kälte-Herkunftsachtnachweisregister-Verordnung	398
4. Solarpaket I	399
5. Einwegkunststofffondsgesetz und kommunale Verpackungssteuer auf verfassungsrechtlichem Prüfstand	402
VII. Wirtschaftsstrafrecht – Schadensersatzpflicht bei einer Geldwäschever- dachtmeldung	404
Anhang	405
Steuerterminkalender 2025	407
Stichwortverzeichnis	409